



Foto: Cordula Mielke

Es genügt nicht Lehrkräfte per Erlass zur Dokumentation der individuellen Lernentwicklung ihrer Schüler zu verpflichten. Individuelles Fördern braucht ein realistisch umsetzbares Konzept. Darin waren sich die Teilnehmer/innen einer Fachtagung des MK einig. Auf unserem Foto u.a. Henner Sauerland (GEW, 3. von links) und Kultusminister Busemann.

MK-Arbeitstagung „Individuelle Förderung für Schüler/innen“ zwingt Busemann zum Einlenken

Dokumentation der Lernentwicklung erst ab 2006 verpflichtend

Der Kultusminister musste die in den Grundsatzverordnungen für die Sekundarstufe I festgelegte Verpflichtung aller Schulen zurücknehmen, bereits ab August 2005 die individuelle Lernentwicklung der Schülerinnen und Schüler zu dokumentieren.

Die vom Ministerium vorgelegten Konzepte zur individuellen Lernförderung sind auf einer Fachtagung von der GEW, den Lehrerverbänden und von Fachleuten aus der Lehrerbildung abgelehnt worden.

Die Erprobungsphase soll nun nach einer gründlichen Überarbeitung und Weiterentwicklung der vorgelegten Materialien im Schuljahr 2005/2006 beginnen. Erst danach soll die Dokumentation zur Pflicht werden.

Für den 8. März hatte Kultusminister Busemann 120 Vertreterinnen der Eltern und Schüler, Lehrkräfte, Fachleute aus der Lehreraus- und -fortbildung, Mitglieder des MK und der Schulaufsicht, die GEW und die Lehrerverbände in Hannover zu einer Arbeitstagung mit dem Titel „Individuelle Förderung für Schülerinnen und Schüler“ eingeladen. „Die Verpflichtung unserer Schulen zur Einführung der ‚Dokumentation der individuellen Lernentwicklung‘ ist ein Baustein unserer Maßnahmen zur Qualitätssicherung und -entwicklung“, betonte Kultusminister Busemann in seinem Grußwort. „Wichtig für eine umfassende Förderung ist, dass Lehrkräfte Einzelbeobachtungen aufzeichnen und miteinander ins Gespräch kommen. Damit wird die Grundlage geschaffen,

um längerfristig und zielgerichtet Fördermaßnahmen planen zu können“, hieß es weiter im Grußwort.

Eingeleitet wurde die Tagung durch einen Vortrag des Leiters des Zentrums für Bildungs- und Unterrichtsforschung an der Universität Hildesheim, Prof. Dr. K.-H. Arnold. Lernen lasse sich nicht beobachten oder beschreiben, wohl aber Lernprozesse, war zentrale These des Referats. Es gelte, aus den diagnostischen Verfahren Interventions- und Fördermaßnahmen abzuleiten.

Wichtigste Grundlage für die Individualisierung von Lernprozessen müsse deren Dokumentation sein, erläuterte ein Vertreter des MK, das verlangten die Grundsatzverordnungen Sek I.

Die Dokumentation müsse Aussagen enthalten

- zur Lernausgangslage,
- zu den im Planungszeitraum angestrebten Zielen,
- zu Maßnahmen, mit deren Hilfe die Ziele erreicht werden sollen, und
- zur Beschreibung und Einschätzung des Fördererfolgs durch die Lehrkraft sowie die Schülerin oder den Schüler.

Die anschließend vorgestellten Vorschläge zweier Arbeitsgruppen des Ministeriums, die Schulen bei dieser Aufgabe unterstützen sollen, fielen ausgesprochen dürftig aus. Zum einen waren es schlichte Schülerbögen, in denen mit Hilfe von drei Klassifizierungen (Stärke, unauffällig, Unterstützungsbedarf) das Sozial- und Arbeitsverhalten, Leistungen in Deutsch, Fremdsprache, Mathematik und anderen Fächern gekennzeichnet werden sollten. Zum

anderen verlangte ein als Alternative angebotener Schülerbogen recht differenziert ausformulierte Bemerkungen zum Verhalten, zur Art der Ergebnispräsentation, zur Interaktion Schüler/Lehrer usw. Die Planung der Fördermaßnahmen soll in einem Formblatt festgehalten werden.

Die präsentierten Unterstützungsvorschläge blieben weit hinter den Erwartungen der Anwesenden zurück und stießen fast einhellig auf Ablehnung.

Henner Sauerland betonte als Vertreter der GEW, dass die Gewerkschaft grundsätzlich eintrete für individuelles Fördern von Schülerinnen und Schülern. Für viele Kolleginnen und Kollegen sei das hoch aufwändige Verfassen von Förder- oder Lernentwicklungsberichten gängige Praxis, die aber immer häufiger durch größere Klassen, Streichung von Anrechnungsstunden, mangelnde Beratung und insbesondere fehlende Zeit massiv erschwert werde. Es gebe zudem strukturelle Probleme. „Wie kann eine Kollegin, die z.B. in der Sek I einer Realschule oder eines Gymnasiums 150 Schülerinnen und Schüler unterrichtet, aussa-

gekräftige und differenzierte Lernentwicklungsberichte schreiben? Das geht nicht. Oder sie füllt nur den Ankreuzbogen aus, der in den Schulakten verschwindet.“

Zur Diagnose, so Kollege Sauerland, gehöre zudem eine Therapie. Aber keine Schule könne heute Förderstunden im notwendigen Maß bereitstellen, da häufig die Deputate nicht einmal ausreichen, den normalen Pflichtunterricht abzudecken. Die verschärfte Dreigliedrigkeit bewirke ein Übriges: In welche Richtung solle denn gefördert werden, wenn häufig doch die erste Lösung der ‚begabungsgerechte‘ Schulformwechsel sein muss.

Die Lehrerverbände und Fachleute aus dem Publikum verwiesen insbesondere auf die fehlenden Ressourcen. Viele Lehrkräfte wünschten z.B. regelmäßige pädagogische Konferenzen, um in Ruhe über Schwächen und Stärken der Lernenden zu sprechen. Aber es fehle die Zeit.

Es lässt für die Zukunft Schlimmes befürchten, wenn es dem Ministerium nicht einmal gelingt, zum zentralen Eckpunkt der veränderten Schulstruktur „Förderung der individuellen Lernentwicklung“ nach monatelanger Vorarbeit halbwegs verwertbare Vorschläge zu präsentieren.

Während der Erprobungsphase müssen die Schulen dem Minister deutlich machen, dass es nicht ausreicht, die Lehrkräfte per Erlass zur Dokumentation zu verpflichten. Individuelles Fördern, das wirklich nachhaltigen Erfolg für die Schülerinnen und Schüler bringen soll, braucht ein realistisch umsetzbares Konzept, das die dafür notwendigen Ressourcen und die benötigte Zeit berücksichtigt.